

Anno ... 7. Woche

1867, 12. Februar: Der führende Repräsentant der Arbeiterbewegung und Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie August Bebel (1840–1913) wird erstmals in den Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt.

1947, 10.–12. Februar: In Berlin tagt die III. Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften. Es finden Beratungen statt über organisatorische Grundlagen einheitlicher deutscher Gewerkschaften und Grundsätze für eine einheitliche deutsche Sozialversicherung unter maßgeblicher Mitwirkung der Gewerkschaften.

1947, Mitte Februar – Anfang März: Die KPD startet Aktionen für einen Volksentscheid über die Enteignung der Kohlegruben und Stahlkonzerne an Rhein und Ruhr. Bei Probeabstimmungen auf 15 Schachtanlagen sprechen sich 89 Prozent der Bergarbeiter dafür aus. Die Mehrheit des Landtags von Nordrhein-Westfalen lehnt indes in einer Debatte vom 4. bis 6.3. eine Volksabstimmung ab. Am darauffolgenden Tag werden auch die Gesetzentwürfe der KPD für die Enteignung der Stein- und Braunkohlengruben wie die von der SPD eingebrachten Anträge zur Sozialisierung der Ruhrindustrie im Landtag abgelehnt.

1947, 12. Februar: Versehen mit einem Geleitwort des FDJ-Vorsitzenden Erich Honecker und dem Untertitel »Zeitung der Jugend« erscheint in Berlin die erste Ausgabe der Jungen Welt. Das von der Sowjetischen Militäradministration unter der Lizenz-Nummer 134 registrierte Blatt kostet 0,25 Reichsmark und erscheint mit einer Startauflage von 125000 Exemplaren. Junge Welt kommt zunächst wöchentlich heraus, ab März 1950 erscheint sie sechsmal in der Woche. Seit dem 12.11.1947 führt die Zeitung den Untertitel »Zentralorgan der Freien Deutschen Jugend«.

1957, 14. Februar: Der seit dem 24. Oktober 1956 geführte große Streik der Metallarbeiter Schleswig-Holsteins für die Abschaffung der »Karenztage« bei der Krankenversicherung wird mit bedeutendem Erfolg beendet: Erreicht wurden eine Verbesserung bei Krankengeld und Urlaubsregelungen, ferner wurde das Recht auf ungehinderte gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb durchgesetzt. Ein »Schiedsspruch« war in einer Urabstimmung am 7.1. von 97 Prozent der Streikenden zunächst abgelehnt worden. Nach weiteren »Kompromißvorschlägen« und Drohung der Bundesregierung mit staatlicher Zwangsschlichtung wurden bei einer erneuten Urabstimmung am 13.2. nur noch 57,7 Prozent ablehnende Stimmen erreicht und damit das Ende des Streiks herbeigeführt, da zu seiner Fortführung laut Satzung 75 Prozent erforderlich gewesen wären (siehe auch jW v. 21./22.10.2006).

1967, 14. Februar: Karl Schiller (SPD), Bundeswirtschaftsminister der Großen Koalition, initiiert die erste »konzertierte Aktion« zur Einbindung der Gewerkschaften in die von Kabinett und Kapital bestimmte Wirtschaftspolitik.
<https://www.jungewelt.de/artikel/81351.anno-7-woche.html>